

Wir wollen Vermittlung in Arbeit stärken. Deshalb wollen wir das Bürgergeld abschaffen und durch eine „Neue Grundsicherung“ ersetzen, die das Fordern und Fördern wieder in den Mittelpunkt stellt. Wir sind der festen Überzeugung, dass die meisten Menschen, die Grundsicherung erhalten, arbeiten wollen, denn Arbeit ist sinnstiftend.

Die Grundsicherung soll für diejenigen da sein, die sich selbst nicht helfen können. Doch wer arbeiten kann, soll auch arbeiten gehen. Wir brauchen bessere Arbeitsanreize und vereinfachte Regeln zum Hinzuverdienen. Gleichzeitig machen wir deutlich, dass eine zumutbare Arbeit auch angenommen werden muss, sonst besteht kein Anspruch mehr auf Grundsicherungen. Nur ein System, das als sozial gerecht empfunden wird, findet auch Akzeptanz in der Bevölkerung.

Die Neue Grundsicherung wurde heute in Berlin von Carsten Linnemann, Karl-Josef Laumann, Gitta Connemann und Prof. Rainer Schlegel, ehemaliger Präsident des Bundessozialgerichts, vorgestellt.

Karl-Josef Laumann: Wir machen einen sehr ausgewogenen Vorschlag, wie wir die Frage von Solidarität und Eigenverantwortung mit Bedacht und Maß neu justieren wollen. Mit diesem Ansatz leisten wir als CDU einen großen Beitrag, dass in unserer Bevölkerung die Akzeptanz für ein gut ausgestattetes Grundsicherungssystem erhalten bleibt.

Gitta Connemann: Arbeit ist nicht nur die beste Sozialpolitik, sondern dient auch am besten der Integration von Menschen. Nicht nur finanziell, sondern teilweise auch zur Wiederherstellung von Würde, aber auch vor dem Hintergrund, dass zur Zeit Jede und Jeder gebraucht wird.

Carsten Linnemann: Wir wollen für Totalverweigerer einen neuen Passus einführen. Wir gehen davon aus, dass sie keine Unterstützung benötigen. Dies sei rechtlich auch umsetzbar, führte Prof. Rainer Schlegel aus, da es im Einklang mit der Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichts stünde.



Mehr Informationen zur Neuen Grundsicherung 👉

https://assets.ctfassets.net/.../Die_Neue_Grundsicherung.pdf